

Mit Vernunft und Leidenschaft für den Frieden

Rede des Bundeskanzlers
vor der zwölften UN-Sondergeneralversammlung (14. Juni 1982)

HELMUT SCHMIDT

Herr Präsident! Diese Versammlung tritt in einem Augenblick zusammen, in dem in vielen Regionen der Welt Menschen dem Krieg zum Opfer fallen. In Afghanistan, in Kambodscha, im Süd-Atlantik und im südwestlichen Afrika, im Iran und Irak und im Libanon sterben Männer, Frauen und Kinder. Auf viele andere Konfliktherde der Welt droht der Funke militärischer Auseinandersetzung überspringen. Die Gefahr eines Nuklearkrieges ist weiterhin unbewältigt. Jeder begrenzte Krieg kann uns dieser Gefahr näherrücken.

Zu diesem Zeitpunkt sind Sie als die Vertreter der Völker dieser Welt zusammengekommen, um über Abrüstung zu beraten. Ich danke dem Herrn Präsidenten Kittani für die Möglichkeit, zu diesem Thema das Wort zu ergreifen. Und mein Gruß gilt dem Herrn Generalsekretär Pérez de Cuéllar. Ich weiß mich mit beiden einig in der brennenden Sorge um den Frieden.

Im Namen der Bürger meines Landes möchte ich auch vor dieser Versammlung der Delegation des Königreiches Saudi-Arabien mein herzliches Beileid zum Tode Seiner Majestät, König Khalid Bin Abdul Asis Al Saud, ausdrücken. Mit ihm hat das Königreich Saudi-Arabien einen großen Monarchen verloren, die gesamte arabische Nation einen weisen Führer. Er hatte bedeutenden Anteil daran, daß das große Gewicht Saudi-Arabiens in den internationalen Beziehungen und sein hohes Ansehen bei den Völkern dieser Erde in den Dienst der Vernunft, des Ausgleichs und des Friedens gestellt wurden.

(Diese Absätze wurden auf englisch gesprochen)

I. Friedensbedrohung und Friedenssehnsucht

Die Sorge um den Frieden eint gegenwärtig nicht nur die verantwortlichen Politiker. Stärker als zuvor bewegt die Völker der Welt die Sehnsucht nach Frieden. Friedensbedrohung und Friedenssicherung sind nicht mehr allein Sache der Regierungen, sondern in vielen Staaten sind sie in das Zentrum der Diskussion der Bürger gerückt. Dies gilt für Länder, in denen freie Meinungsäußerung zu den selbstverständlichen Grundrechten gehört. Aber es gilt auch für solche Länder, in denen freie Meinungsäußerung unterdrückt und verfolgt wird. Auch dort wächst die Befürchtung, daß trotz aller Leidenschaft, den Frieden sicherer zu machen, die bisherigen Anstrengungen nicht ausreichen könnten. Und unsere Völker spüren mit Beklemmung und Furcht, daß die Bedrohungen nicht geringer werden und daß zum Teil die Bemühung um Versöhnung sogar verdächtigt wird. Zugleich aber wächst das Bewußtsein, daß nicht nur Waffen den Frieden bedrohen. Die »Unabhängige Kommission für internationale Entwicklungsfragen« unter dem Vorsitz meines Freundes Willy Brandt hat dies folgendermaßen gekennzeichnet, und ich zitiere: »Die Geschichte hat uns gelehrt, daß Kriege Hunger nach sich ziehen. Aber weniger bewußt ist es uns, daß Massenarmut ihrerseits zu Krieg führen kann. Wo Hunger herrscht, kann Friede nicht Bestand haben.« Ende des Zitats.

Für mein Volk liegt die Erfahrung, daß aus Krieg Hunger wird, noch nicht eine Generation zurück. Aus dieser Erfahrung und im Bewußtsein deutscher Schuld an einem Krieg, dem 5 Millionen Deutsche, 20 Millionen Bürger der Sowjetunion, Millionen Verfolgte, Millionen Europäer und Nordamerikaner zum Opfer gefallen sind — aus diesem Bewußtsein, aus dieser Erfahrung empfinden wir unsere besondere deutsche Friedenspflicht. Und deshalb sehen wir in dieser Versammlung eine Chance, der Sicherung des Friedens ein Stück näherzukommen. Von dieser Sondergeneralversammlung kann ein Signal ausgehen, die Regierungen und Völker noch stärker als bisher zum Eintreten für den Frieden zu ermutigen. Es können Wege gewiesen und beschritten werden, auf denen der Friede erhalten und auf denen er sicherer gemacht werden kann.

II. Sicherheitspolitik als Friedenspolitik

Die politische Aufgabe, ja die moralische Verpflichtung aller Regierungen heißt heute: ihre Sicherheitspolitik als Teil einer weltweiten Friedenspolitik zu begreifen und entsprechend zu handeln. Nur eine solche Friedenspolitik kann vor dem Urteil der Geschichte bestehen und kann bestehen vor der wachsenden Kritik der Bürger in allen Staaten der Welt. Ich möchte hier — anknüpfend an meine Rede vor vier Jahren vor der ersten Sondergeneralversammlung — einige der wesentlichen Elemente einer solchen Politik nennen.

1. Gleichgewicht

Es gibt in dem Teil der Welt, in dem wir Deutschen leben, in Europa, keine Sicherheit ohne ein ungefähres Gleichgewicht der militärischen Kräfte. Keine verantwortliche Regierung kann sich damit abfinden, daß ihr Land durch Überrüstung einer Seite bedroht wird oder daß sie selbst der Möglichkeit politischer Erpressung ausgesetzt

wird. Wir in der Bundesrepublik Deutschland sind direkt betroffen vom konventionellen Übergewicht der Sowjetunion in Europa und ihrer Verbündeten und direkt betroffen von der Aufstellung von Hunderten neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen, die zum großen Teil auf uns gerichtet sind. Schon eine einzige dieser modernen, zielgenauen Raketen mit drei Sprengköpfen könnte auf einen Schlag meine Heimatstadt Hamburg und die Nachbarstädte Lübeck und Kiel vernichten. Deshalb streben wir gemeinsam mit unseren Bündnispartnern nach einem stabilen militärischen Gleichgewicht zwischen West und Ost durch Verträge.

2. Blockfreiheit

Vereinbartes militärisches Gleichgewicht zwischen West und Ost ist auch ein Beitrag zur Stabilität in der Welt, denn wer das Gleichgewicht als Grundlage seiner eigenen Sicherheit akzeptiert, der muß dann auch anerkennen, daß er den Ost-West-Konflikt nicht auf andere Gebiete der Welt übertragen darf. Im Gegenteil: Es ist in den letzten Jahren immer deutlicher geworden, daß die Blockfreiheit oder das »Non-alignment« der Staaten der Dritten Welt ein entscheidender Faktor der Stabilität und des Friedens der ganzen Welt geworden ist. Blockfreiheit und »Non-alignment« zu respektieren, ist deshalb eine Grundforderung weltweiter Friedenspolitik. Ich denke, je klarer Blockfreiheit als Element des Friedens in der Welt respektiert und beachtet wird, desto weniger Anlaß gibt es für die Staaten in der Dritten Welt, sich ihrerseits in einen Rüstungswettlauf hineinzuziehen zu lassen; desto weniger Anlaß gibt es auch, etwa den Waffenexport in die Länder der Dritten Welt zu forcieren. Der französische Außenminister Cheysson hat vor wenigen Tagen vor dieser Versammlung auf die Bedeutung der kollektiven Sicherheit im regionalen Rahmen für die Länder der Dritten Welt hingewiesen. Ich denke, dieser gedankliche Anstoß sollte von Ihnen aufgegriffen werden.

3. Vertragspartnerschaft

Das Streben nach Gleichgewicht allein reicht nicht aus, denn es birgt in sich die Gefahr eines Rüstungswettlaufes, der das Gleichgewicht, wenn die eine Seite der anderen mißtraut, wechselseitig auf ein höheres Niveau treiben kann. Auch ein übertriebenes Sicherheitsbedürfnis, so verständlich es im Einzelfall aus historischen Erfahrungen sein mag — auch dies birgt in sich die gleiche Gefahr. Übertriebene Sicherheit für einen bedeutet Unsicherheit für andere. Aus dieser Überlegung habe ich an diesem Ort vor vier Jahren dazu aufgerufen, den Frieden zu gewährleisten durch Vertragspartnerschaft, durch Sicherheitspartnerschaft. Zum Beispiel zwischen Ost und West bietet nur vereinbarte Sicherheit durch vertraglich festgeschriebenes Gleichgewicht auf niedrigem Niveau wirkliche Sicherheit und wirkliche Stabilität. Sicherheitspartnerschaft verwirklicht die Einsicht, daß wir den Krieg nur noch gemeinsam verhindern können. Und damit wird auch Vertragstreue zu einem tragenden Element unserer gemeinsamen Sicherheit.

4. Dialog und Vertrauen

Man kann Verträge miteinander nur aushandeln, man kann sie nur abschließen, man kann Verträge nur erfüllen, wenn die Vertragspartner einander vertrauen können. Vertrauen kann aber nur wachsen, wenn sich die handelnden Politiker auf beiden Seiten kennen, wenn sie abschätzen können, wie sich der Vertragspartner in Krisensituationen verhalten wird. Deshalb darf der Dialog unter den Partnern zur Sicherheit, deshalb dürfen die Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht abbrechen oder unterbrochen werden. Auch dann nicht, wenn politische und ideologische Spannungen wachsen. Selbst dann nicht, wenn ein Partner Anlaß zu schweren Vorwürfen an die andere Seite hat oder Anlaß zu schweren Vorwürfen an die andere Seite nimmt. Diese Bedingungen der Sicherheitspartnerschaft zu schaffen, sie zu erhalten, ja sie zu fördern, erscheint mir ein unverzichtbares Gebot der Friedenspolitik. Deshalb bemüht meine Regierung sich seit langem um vernünftige Beziehungen zum anderen deutschen Staat, zur DDR, und zu den anderen Staaten Osteuropas. Und deshalb begrüße ich auch die Absicht von Präsident Reagan und Generalsekretär Breschnew, noch im Laufe dieses Jahres zu einem Gespräch zusammenzutreffen.

III. Instrumente der Friedenspolitik

1. Gewaltverzicht

Das wichtigste Instrument ist der Gewaltverzicht. Leider ist dieses Prinzip des Völkerrechts auch in letzter Zeit wiederholt verletzt worden. Wenn einmal einer versucht, einen Konflikt mit Gewalt zu lösen, so weiß niemand, wo danach die militärische Auseinandersetzung

endet. Die Verantwortung für die unabsehbaren Folgen muß derjenige tragen, der den ersten gewaltsamen Schritt getan hat. Wir alle müssen darauf gemeinsam bestehen, daß das Gewaltverbot so umfassend gilt, wie es in der Charta der Vereinten Nationen festgelegt ist.

Die 16 Partner des westlichen Bündnisses, dem mein Land angehört, haben vor wenigen Tagen in Bonn erneut bekräftigt, daß keine ihrer Waffen jemals eingesetzt wird, es sei denn als Antwort auf einen Angriff. Damit ist die zentrale Aussage der Charta der Vereinten Nationen bekräftigt, nämlich das Verbot der Anwendung oder Androhung von Gewalt und das Recht auf Selbstverteidigung.

Herr Präsident, das Gewaltverbot ächtet jeden Krieg, und das Gewaltverbot gilt für den Einsatz aller Waffen. Nicht nur atomare Waffen, auch konventionelle Waffen heute eine unvorstellbare Zerstörungskraft. Wer das umfassende Verbot der Gewaltanwendung konzentrieren will auf den Ersteinsatz ganz bestimmter Waffen, der scheint damit zu sagen, daß es andere Kriege geben kann. Wir dürfen uns nicht damit abfinden. Es gibt keinen »gerechten Krieg«, erlaubt ist nur und ausschließlich die Verteidigung gegen fremden Angriff.

2. Nukleare Abrüstung

Nächst diesem zentralen Instrument des Gewaltverzichts ist zweitens auch der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen ein wichtiges Instrument der Friedenspolitik. Mein Land hat mit der Ratifizierung dieses Vertrages die bedeutsame Verpflichtung übernommen, nicht über Kernwaffen zu verfügen. Nach einer langen Debatte im Deutschen Bundestag, in meinem Parlament, hat sich vor Jahren die Mehrheit für den Beitritt zu dem Nichtverbreitungsvertrag entschieden. Viele haben diesen Vertrag als diskriminierend abgelehnt. Ich habe seinerzeit dafür gekämpft, weil ich dem Ziel der nuklearen Rüstungsbegrenzung und Abrüstung Vorrang geben wollte.

Weil aber nun mein Land die Verpflichtungen des Vertrages sorgfältig einhält, deshalb können wir mit vollem Recht verlangen, daß endlich auch die Nuklearmächte ihre Verpflichtungen einhalten, insbesondere ihre Pflicht nach Artikel VI des »Non-proliferation Treaty«, »in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens« und »zur nuklearen Abrüstung«. Ich habe wörtlich aus dem Vertrag zitiert. Wir bestehen auf unserem Anspruch, auf unserem Recht auf nukleare Abrüstung. Und deshalb treten wir, gestützt auf diesen Nichtverbreitungsvertrag, auch für den Abschluß eines umfassenden Teststoppabkommens (comprehensive testban) ein. Wir erwarten, daß die beim Genfer Abrüstungsausschuß gebildete Arbeitsgruppe schnelle Fortschritte macht.

3. Bonner Erklärung

Vor wenigen Tagen haben die Staats- und Regierungschefs des Nordatlantischen Bündnisses in Bonn ein Programm für Frieden in Freiheit verabschiedet, ein Programm, das unser Bekenntnis zum vorrangigen Ziel der Sicherheitspolitik unseres Bündnisses erneuert, nämlich Kriege zu verhüten und unter Wahrung der Freiheit die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen. Auf dieses Ziel sind die zentralen Elemente unserer Sicherheitspolitik gerichtet, nämlich Abschreckung und Verteidigung einerseits ebenso wie Abrüstung und Rüstungskontrolle andererseits.

Die Erklärung des Bündnisses bekräftigt die Absicht, in Verhandlungen militärisch ausgewogene, bedeutsame und verifizierbare Vereinbarungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung zu erzielen, und sie öffnet mit einem breiten Angebot den Weg für die Herstellung eines stabilen Gleichgewichts zwischen Ost und West auf einem möglichst niedrigen Niveau. Das Angebot für die Verhandlungen umfaßt alle Bereiche des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West, nämlich

a) Interkontinental-strategische Waffen

Der amerikanische Vorschlag für substantielle Reduzierung eröffnet die Möglichkeit, einen entscheidenden Beitrag zur Stabilität zu leisten. Wir stellen mit Befriedigung fest, daß beide Verhandlungspartner nichts tun wollen, was den Bestimmungen von SALT I und SALT II zuwiderläuft, und wir begrüßen, daß Generalsekretär Breschnew dem Vorschlag Präsident Reagans für einen baldigen Verhandlungsbeginn zugestimmt hat, so daß am 29. Juni diese START-Verhandlungen beginnen werden. Darüber hinaus hat Präsident Reagan in Berlin ein neues wichtiges Thema eingeführt, nämlich vertrauensbildende Maßnahmen zur Verhinderung eines nuklearen Konflikts durch Zufall oder durch Mißverständnis zwischen diesen beiden großen Nuklearmächten.

b) Nukleare Mittelstreckensysteme

Die Verhandlungen über dieses Thema (INF) haben am 30. November des letzten Jahres in Genf begonnen. Wir unterstützen uneingeschränkt den Vorschlag, daß die Vereinigten Staaten von Amerika und daß die Sowjetunion auf alle landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen von größerer Reichweite verzichten. Die Beseitigung einer ganzen Waffenkategorie wäre ein großer Schritt in Richtung auf wirkliche Abrüstung. Wir werden alles tun, um zur Verwirklichung dieses Vorschlags beizutragen.

c) Konventionelle Streitkräfte

Wir werden in Kürze bei den MBFR-Verhandlungen in Wien eine neue Initiative des Westens vorlegen. Ihr Ziel ist es, den Verhandlungen über beiderseitige ausgewogene Truppenverminderungen endlich einen neuen Antrieb zu verleihen, um zu gleichen kollektiven Höchststärken beider Seiten in Mitteleuropa zu kommen. Ich messe den Wiener Verhandlungen größte Bedeutung bei; denn militärische Stabilität darf sich nicht auf die nuklearen Potentiale allein beschränken. Sie muß ebenso die konventionellen Komponenten umschließen.

d) Vertrauensbildende, sicherheitsbildende Maßnahmen in ganz Europa

Wir haben unsere Absicht bekräftigt, auf dem Nachfolgetreffen der Madrider Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) ein Mandat zu verabschieden für eine Konferenz über Abrüstung in Europa. Deren Ziel muß sein, Stabilität und Berechenbarkeit durch Maßnahmen zu fördern, die in ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural gelten sollen.

e) Und schließlich:

Wir wissen, daß ein stabiler Friede die sicherheitspolitische Partnerschaft zwischen Nord und Süd verlangt — in allen Regionen der Welt. Deshalb haben wir auch in der Erklärung von Bonn auf die Bedeutung der Verhandlungen im Genfer Abrüstungsausschuß und auf die Hoffnungen hingewiesen, die wir mit dieser Sondergeneralversammlung verbinden.

4. Weltweite Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle

Herr Präsident, die Wirklichkeit dieser Tage zeigt, wie weit wir in der ganzen Welt vom Ziel eines stabilen Friedens noch entfernt sind. Im weltweiten Rahmen müssen deshalb die Bemühungen um konkrete Verhandlungsergebnisse verstärkt werden. Jede Region sollte den ihr möglichen Beitrag zum internationalen Frieden leisten. Ich hoffe sehr, daß diese Sondergeneralversammlung dieses Ziel fördern wird, und ich möchte auch dazu einige Gedanken beitragen.

a) Vertrauensbildung

Mein Land hat das Konzept vertrauensbildender Maßnahmen in das Zentrum unserer sicherheitspolitischen Bemühungen in den Vereinten Nationen gestellt. Es liegt dieser Sondergeneralversammlung eine umfassende Studie vor, die der Generalsekretär in zweijähriger Arbeit hat ausarbeiten lassen. Da wir Deutschen den Anstoß zu jener Studie gegeben haben, freuen wir uns darüber, daß Fachleute aus allen Regionen der Welt sich auf Empfehlungen geeinigt haben, die den Prozeß der Vertrauensbildung in den Vereinten Nationen weiterführen sollen. Mein Land wird auch künftig intensiv an der Weiterentwicklung vertrauensbildender Maßnahmen mitarbeiten. Gegenwärtig bereiten wir in der Bundesrepublik Deutschland ein internationales Symposium über vertrauensbildende Maßnahmen vor, zu dem wir für das Frühjahr 1983 einladen werden, und wir denken dabei an ein Arbeitstreffen von Fachleuten aus den verschiedenen Regionen der ganzen Welt.

b) Offenheit, Durchsichtigkeit und Berechenbarkeit

Stabilität verlangt Offenheit, Durchsichtigkeit und Berechenbarkeit der militärischen Potentiale und der militärischen Aktivitäten. Undurchdringliche Geheimhaltung sät Mißtrauen und erschwert den Abschluß konkreter Vereinbarungen. Deshalb unterstützen wir alle Bemühungen, die darauf gerichtet sind, weltweit größere Transparenz, größere Offenheit zu ermöglichen. In diesem Sinne hat mein Land dieses Jahr zum dritten Male die Zahlen seiner militärischen Ausgaben zum standardisierten Berichtssystem der Vereinten Nationen für Militärausgaben vorgelegt und beigesteuert. Leider ist es immer nur noch eine Minderheit der Mitglieder der Vereinten Nationen, die sich daran beteiligt. Es waren 1980 und 1981 insgesamt nur achtzehn Staaten, die sich daran beteiligt haben, darunter zwölf westliche und sechs ungebundene Staaten des »Non-alignment«. Zwar nimmt die Zahl der Staaten, die sich an diesem Berichtssystem beteiligen, zu, aber die Staaten des Warschauer Paktes fehlen bisher vollständig. Deshalb appelliere ich an alle Regierungen, sich an dieser wichtigen Bemühung um größere Offenheit bei den Militärausgaben zu beteiligen. Dies wäre ein erster Schritt, um Vergleichbarkeit herzustellen. Ohne Offenheit und Vergleichbarkeit der Militärausgaben sind Vereinbarungen über eine verifizierbare Senkung der Militärausgaben nicht vorstellbar. Auf der letzten Sondergeneralversammlung habe ich mich dafür ausgesprochen, daß alle am Rüstungsexport, am Rüstungstransfer beteiligten Staaten sich zur Offenlegung ihrer Lieferungen verpflichten. Inzwischen ist die Gefahr eines Rüstungswettlaufs auch in der Dritten Welt eher gestiegen, und ich frage: Sollten wir nicht gemeinsam neue Anstrengungen unternehmen, um nach Wegen zu suchen, die den Rüstungstransfer einvernehmlich begrenzen? Ich schlage vor, diese Frage im Zusammenhang mit der geplanten Studie über konventionelle Waffen näher zu untersuchen.

c) Verifikation

Mein Land mißt seit langer Zeit angemessener Verifikation größte Bedeutung bei, denn in zahlreichen laufenden Verhandlungen haben

sich gerade beim Thema der Verifikation die größten Schwierigkeiten ergeben. Dies gilt übrigens ganz besonders für die Verhandlungen über ein umfassendes Verbot für chemische Waffen. Ich habe vor vier Jahren hier zu einem internationalen Seminar über die Verifikationsproblematik bei chemischen Waffen eingeladen, und eine solche Arbeitstagung hat dann auch ein Jahr darauf, 1979, bei uns stattgefunden. Um weiterhin zu einer Lösung des Problems der Verifikation des Verbots chemischer Waffen beizutragen, und um damit den Weg für den Abschluß eines Vertrages zu ebnen, möchte ich hiermit für 1983 zu einem zweiten internationalen Seminar für Experten einladen.

Herr Präsident, ich habe mich sehr gerne entschlossen, auch auf dieser zweiten Sondergeneralversammlung über Abrüstung das Wort zu ergreifen, weil ich von dem Gewicht des hier stattfindenden Dialogs fest überzeugt bin. Es müssen von dieser Versammlung kräftige Impulse ausgehen für die laufenden und bevorstehenden Verhandlungen. Der vor vier Jahren erreichte Konsens muß bekräftigt und fortentwickelt werden. Eine zentrale Aufgabe erscheint mir die Erarbeitung eines umfassenden Abrüstungsprogramms auf dieser Grundlage, und ich hoffe sehr, daß es der Sondergeneralversammlung gelingt, ein Programm zu verabschieden, das zugleich realistisch und zukunftsweisend ist.

IV. Vernunft und Leidenschaft zur Friedenspolitik

Nicht nur hier am Wochenende in New York, sondern in vielen Städten, in vielen Ländern der Welt versammeln sich in diesen Tagen und Wochen im Frühjahr 1982 junge und alte Menschen, geängstigt von der Vorstellung einer heillosen Überrüstung, geängstigt von der Vorstellung eines rational nicht mehr zu begreifenden Overkills, Menschen, die sich der Logik des alten römischen Satzes verweigern, der da hieß: »Si vis pacem, para bellum«. Heute protestieren dagegen nicht nur idealistisch gestimmte Pazifisten und weltfremde Utopisten, sondern hier äußern sich immer dringender Zweifel an der Weisheit und an der Fähigkeit der strategischen Denker, der Diplomaten, der Staatsmänner, Zweifel an deren Fähigkeit, aus dem Teufelskreis von Vorrüstung und Nachrüstung endlich auszubrechen. Die Losung »Frieden schaffen ohne Waffen« oder die andere Losung »Aus Schwertern Pflugscharen machen«, solche Losungen geben den politischen Führern deutliche Zeichen. Es wächst in der jungen Generation der Verdacht, daß die nuklearen Waffen eines Tages vielleicht nicht mehr nur als Mittel der Abschreckung verstanden werden könnten. Viele haben Angst, daß irgendwann einer die Nerven

verlieren könnte und tatsächlich in das atomare Arsenal greifen könnte, um einem politischen Widersacher seinen Willen aufzuzwingen, und es können sich diese Bürger ja überdies für so tiefreichende Ängste und Zweifel auch auf international angesehenen Wissenschaftler berufen. Denn auch diese sind sich keineswegs sicher, daß der nächste Weltkrieg allein deshalb nicht stattfinden werde, weil er einem kollektiven Selbstmord gleichkäme.

Es wächst also die Ungeduld der Menschen, und nicht nur der jungen Menschen, die Ungeduld mit Regierungen, die nur zu reden scheinen, während sie gleichzeitig immer neue todbringende Waffen entwickeln, produzieren und in Stellung bringen lassen. Es wächst die Ungeduld mit politisch Verantwortlichen, die zulassen, daß immer mehr Ressourcen dem Kampf gegen Hunger und Armut entzogen und statt dessen in die Rüstung gesteckt werden.

Wir müssen uns der Gefahr bewußt sein, daß die von den Schrecken eines nuklearen Holocaust geängstigten Bürger bald nicht mehr verstehen können oder wollen, warum sich Verhandlungen über praktische Abrüstungsschritte über endlose Jahre hinziehen, warum — wie es diese Menschen sehen und sehen müssen — Vorstellungen des nationalen Prestiges stärker auf die Entscheidungen der Regierungen einwirken als die Notwendigkeiten der gegenseitigen Sicherheit, der Sicherheit, die nur in Partnerschaft erreicht werden kann.

Ich weiß, daß die Verringerung der bis unter das Dach gefüllten Waffenarsenale nicht durch Volksabstimmungen erreicht werden kann, sondern es kann nur gelingen durch unendlich zähes Verhandeln. Ich weiß, der große Durchbruch, der die Kriegsgefahr endgültig zu bannen vermag, der bleibt eine gefährliche Illusion, und ich weiß, daß eine einseitige Abrüstung, die sich der Pression durch andere Mächte öffnet, jedem Vernünftigen als höchst gefährlich erscheinen muß.

Aber dennoch sollten wir die große und positive moralische Kraft, die in der Bewegung für wirksame Abrüstung deutlich wird, nicht unterschätzen. Wir sollten die Menschen, die sich zu ihr bekennen, nicht einfach als Amateure beiseite schieben, denen es an Einsicht und Überblick fehlt. Vielmehr und im Gegenteil muß die bewegende Kraft, die in der Unruhe vieler unserer Mitbürger erkennbar geworden ist, als Ansporn und auch als moralische Verpflichtung verstanden werden.

Wenn wir die Angst aus der Welt schaffen wollen, so müssen wir alle Kräfte der Vernunft anspannen, und dazu ist diese Sondergeneralversammlung zusammengekommen, dazu ist sie einberufen worden. Auf ihr Gelingen, Herr Präsident, richten sich die Hoffnungen vieler Völker, und diese Hoffnungen dürfen nicht enttäuscht werden.

Nur die Utopie ist noch realistisch

Rede des ehemaligen Berliner Landesbischofs
vor der zwölften UN-Sondergeneralversammlung (24. Juni 1982)

KURT SCHARF

Im Rahmen der Anhörung von Vertretern von Nichtregierungsorganisationen (non-governmental organizations, NGOs) sprach der evangelische Bischof i. R. Dr. Kurt Scharf, 1. Vorsitzender der »Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste«, vor dem Ad-hoc-Ausschuß der zwölften Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen:

Hohe Versammlung der Repräsentanten der Völker der Welt! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Geschwister auf dieser einen Erde! Friede sei mit Euch und Gnade von dem Gott, an den ich glaube! Ich spreche zu Ihnen als Christ. Ich spreche zu Ihnen als Deutscher. Ich komme aus dem Land, das in diesem Jahrhundert in zwei Weltkriegen große Schuld auf sich geladen hat, aus der Stadt, von der der Zweite Weltkrieg ausgegangen ist und die darob eine — weltpolitisch — geteilte Stadt wurde. Ich habe erlebt, wie schwer Kriegsschuld, Schuld an Holocaust und Genozid auf einem Volk als ganzem lastet und wie furchtbar sie sich rächt bis in die dritte und vierte Generation. Ich habe auch erlebt, daß Kriege, lange bevor sie auf dem Schlachtfeld ausgetragen werden, in den Köpfen und Herzen der Menschen beginnen. Ich weiß, was Rassenwahn, sogenanntes Herrenmenschentum und Stereotypen von Feindbildern in der Geschichte meines Volkes und auch in der Geschichte der christlichen Kirchen angerichtet haben: Vor vier Jahrzehnten hat diese Vergiftung des Denkens den Versuch ausgelöst, das europäische Judentum auszurotten, es hat 20 Millionen Sowjetbürgern, vielen Millionen Polen, mehr als 50 Millionen Menschen auf dieser Erde das Leben und vielen Millionen dazu ihre Heimat gekostet.

Ich darf das Wort an Sie, die Vertreter der Völker der Erde, richten — eingeladen als Vorsitzender der »Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste«. Diese Organisation wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von Christen gegründet, die »der Bitterkeit, dem Haß und der Selbstrechtfertigung eine Kraft entgegensetzen« wollten: die Macht des Friedens durch Versöhnung. Wir versuchen, diese Aufgabe wahrzunehmen durch die hingebende Arbeit Tausender junger Deutscher, die in die Länder und zu den Völkern gehen, die besonders unter der

nationalsozialistischen Verfolgung und Besetzung zu leiden hatten und haben. Wir wollen im Eintreten für Versöhnung und Frieden aus der Geschichte unseres Volkes und der evangelischen Christenheit in Deutschland für eine Zukunft lernen, in der der Mensch nicht mehr des Menschen ärgster Feind ist. Der Norden Norwegens, Coventry/Großbritannien, Oradour-Taizé/Frankreich, Lidice/ČSSR, Kandanos/Griechenland, Rotterdam/Niederlande, Auschwitz, Stutthof und Majdanek in der Volksrepublik Polen, Chatyn/UdSSR und Stätten in Israel sind die Stationen unserer praktischen Tätigkeit. Der Schlüssel zu einer besseren Zukunft, die Gott mit uns vorhat, der Grund zur Hoffnung, ist für uns Deutsche an diesen Orten, nicht abgesehen, im Wegsehen von ihnen, zu finden. Wir wollen die — teuer bezahlte — Lektion von Auschwitz lernen und sie unsere Kinder und Kindeskinde lehren, damit es sich nie wiederholen kann, damit kommende Generationen eine solche Erfahrung nicht noch teurer bezahlen müssen!

Und: Wir wollen — auch — die Lektionen von Hiroshima und Nagasaki lernen, damit sie eine einmalige Verfehlung des Menschen bleiben: ein Menetekel der Verirrung, vor dem wir zurückschrecken dürfen! Wir leben — im technisch-wissenschaftlichen Zeitalter — mit der Drohung und dem Schrecken der Möglichkeit atomarer Selbstvernichtung des Menschengeschlechtes und haben vor Augen, daß Rüstung schon heute hunderttausendfach tötet. An jedem Tag, an dem weltweit Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben werden, sterben auf unserer Erde Zehntausende von Kindern am Hunger. Das ist ein Gipfel an Gewalttätigkeit, ein unerträglicher Skandal. Immer neue — furchtbarere — Waffensysteme werden erfunden, gebaut, getestet, stationiert, weil eine Mehrheit der Menschen Sicherheit zu gewinnen wähnt nur durch Verstärkung militärischer Drohungen, obwohl wir errechnen können, daß die fortdauernde Androhung gegenseitiger Totalvernichtung und die »atomare Geiselnahme« der Völker des Ostens durch den Westen und des Westens durch den Osten — unausweichlich — herbeiführen werden, was man verhindern will. Im Gehorsam gegenüber Gott und im Hören auf sein Wort wage ich